

diesem Streben hatte er sowohl sein 1188 dem Staufer gegebenes Wort gebrochen als auch die Bestimmungen des Friedensschlusses zu Fulda nicht eingehalten. Kein Abkommen schien Sicherheit gegen ein erneutes welfisches Vorgehen bieten zu können, Abhilfe versprach allein die Zerschlagung der ihm verbliebenen Machtstellung oder doch wenigstens seine machtpolitische Isolierung. Seine Hauptstütze in Norddeutschland war aber Erzbischof Hartwig, den es so vorerst auszuschalten galt.

Eine weitere Gefahr war sodann den Grafen Nordelbingens, aber auch den Askaniern seit 1182 in König Knud VI. erwachsen, der offen Anspruch erhob auf die Landschaften um das westliche Ostseebecken. Zeichnete sich eine Gefährdung von dieser Seite auch erst in Ansätzen ab, so konnte sie doch zu jeder Zeit in ein akutes Stadium treten.

Die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Nordelbingen verstärkte die Bedrohung durch den Welfen wie den dänischen König. An die Stelle der einen, Achtung gebietenden Macht, die den Nachbarn im Norden in seinen Grenzen gehalten hatte, waren mehrere weltliche wie geistliche Herren getreten, die sich nur einig waren in ihrer Gegnerschaft zu dem neuen askanischen Herzog, die Bernhard I. eine der welfischen vergleichbare Herrschaft nicht aufrichten, ja, hier nicht einmal Fuß fassen ließen. Bei allem gleichen Streben nach Selbständigkeit hatten sie sich wiederum aufgespalten in Anhänger des Staufers und des Welfen. Und dieser Riß ging bis in die Bevölkerung hinein. Vor allem betroffen war die bedeutendste Herrschaft nördlich der Elbe, die des Grafen von Holstein. Der alte Gegensatz zwischen den Schauenburgern und Angehörigen der führenden Familien des Landes trat in neuem Gewande wieder offen hervor und erfaßte auch die Bürgerschaft Lübecks. Wurde dadurch bereits die Abwehrkraft Graf Adolfs III. gegenüber dem Löwen geschwächt, so wurde diese Aufspaltung um so bedrohlicher, als weite Bevölkerungskreise an eine Verbindung zwischen den Welfen und dem dänischen König glaubten, die welfischen Parteigänger geneigt waren, ebenfalls Knud VI. zu unterstützen. Bezeichnend für diese Situation in Holstein ist ein Bericht Arnolds. Kurz vor der Übergabe Lübecks an den Grafen von Holstein im Sommer 1192 schlug eine Partei in der Stadt vor, Lübeck dem dänischen König anzuvertrauen, um der Herrschaft des Schauenburgers zu entgehen. Die andere Partei hingegen, die gleichfalls keine Übergabe an Graf Adolf wünschte, riet, die Stadt dem Reich zu erhalten und sich deshalb an den Markgrafen von Brandenburg zu wenden, damit er sie im Namen des Kaisers annehme¹⁶⁵). Da zu dieser

¹⁶⁵) Arnold V 12 S. 161 f.